

Islam und Demokratie
Abdul Hadi Christian H. Hoffmann
Vortrag auf dem Internationalen Symposium über
Islam & Sweden: Civilization and Human Relations
The Organisation of Islamic Conference (OIC)
in Zusammenarbeit mit
European Islamic Conference (EIC)
Malmö, 5. bis 7. Dezember 2003

„Wege zu suchen für eine kreative Synthese zwischen dem islamischen Erbe und dem modernen Wissen“
in: "Das Einbringen des Islam in das Wissen", ohne Autor,
Internationales Institut für Islamisches Gedankengut, 1988, S. 54

Islam und Demokratie – unvereinbar?	2
I Islam und Demokratie: Zeitgenössische Stellungnahmen	3
Islam und Demokratie – contra und pro	3
Contra: Demokratie als gottlose Ordnung	3
Contra: Demokratie als unzulässige Ersatzreligion	4
Contra: Demokratie als westliche Fehlentwicklung	6
Die Bewertung dieser Positionen	7
Pro: Muslime sind verpflichtet, an der Demokratie teilzunehmen.....	9
Pro: Muslime bekennen sich zur Demokratie.....	10
Pro: Cairo Declaration fordert Demokratie in der islamischen Welt.....	10
II Islam und Demokratie: Qur'anische Grundlagen	12
Die Grundprinzipien: khalifa und shura	12
Der Mensch als Khalifa	12
Das Prinzip der Schura	13
Regierungsformen im Qur'an.....	14
Die Monarchie.....	14
Die Junta	15
Die Tyrannei	15
Zusammenfassung und Schlussfolgerung	15
Die Beteiligung der Frauen.....	16
III Demokratie als globales Regierungssystem.....	19
Die gleiche Ausgangslage für Muslime und Nicht-Muslime	19
Keine großen Unterschiede.....	20
Demokratie – gegründet auf das Prinzip der Verantwortlichkeit.....	20

Islam und Demokratie – unvereinbar?

Wer sich mit dem Thema „Islam und Demokratie“ befasst, betritt vermintes Gelände, denn diese zwei Begriffe passen für viele Menschen nicht zusammen – und zwar für Menschen im Westen ebenso wie für Muslime.

Viele Nicht-Muslime gehen davon aus, dass es in der islamischen Welt keine Staaten gibt, in denen eine Demokratie nach westlichem Muster praktiziert wird, sie sehen das als Beweis dafür, dass „der Islam“ nicht demokratiefähig ist. Sie übersehen dabei, dass es z. B. sowohl in Indonesien, dem Land mit der größten Anzahl von Muslimen auf der Erde, Parteien, Wahlen und Regierungswechsel durch Wahlen gibt, ebenso wie in Bangladesh. Vor dem Militärputsch in Pakistan gab es dort ebenfalls Regierungswechsel durch Wahlen.

Viele Muslime halten Islam und Demokratie für nicht-kompatibel, da Demokratie als Ergebnis und Höhepunkt einer mehrere Jahrtausende dauernden westlichen Geschichte gesehen wird, die in ihren Augen mit dem Islam nichts zu tun hat. Sie lehnen den Universalitätsanspruch der Vertreter der Demokratie ab, da sie ihn für einen Ausdruck „westlichen kulturellen Imperialismus“ sehen.

Darüber hinaus gibt es Muslime, die denken, Demokratie sei die Herrschaft einer Mehrheit, die tun kann, was sie will und Demokratie sei darum mit dem Islam nicht kompatibel, da der Islam den Grundgedanken des Konsensus aller in den Mittelpunkt stellt. Andere sind gegen Demokratie, weil sie denken, dass nur Gott der Souverän ist und es keine Volkssouveränität gibt. Sie denken, der Mensch habe keine Selbstbestimmung.

Weniger bekannt sind Äußerungen von Muslimen und muslimischen Verbänden, die Islam und Demokratie sehr wohl für vereinbar halten.

Um Nicht-Muslimen und Muslimen eine gemeinsame Basis für die Diskussion zum Thema „Islam und Demokratie“ zu verschaffen, geht der folgende Artikel in mehreren Schritten vor:

- Meinungen von Muslimen der Gegenwart, die gegen und für die Demokratie Stellung genommen haben, werden dargestellt und bewertet,
- Stellen aus dem Qur'an, die sich mit Fragen der Regierung befassen, werden diskutiert,
- Schließlich wird dargestellt, warum Muslime und Nicht-Muslime gleichermaßen Demokratie akzeptieren können.

I Islam und Demokratie: Zeitgenössische Stellungnahmen

Islam und Demokratie – contra und pro

Um muslimischen wie nicht-muslimischen Lesern einen Eindruck über den Stand der innerislamischen Debatte zu vermitteln, seien hier zunächst drei grundsätzliche Kritiken von Muslimen an der Demokratie aufgeführt: Zwei Kritiken aus religiöser und eine aus politikwissenschaftlicher Sicht.

Contra: Demokratie als gottlose Ordnung

Sayyid Saeed Akhtar Rizvi aus dem Iran stellt in seinem Buch "Imamate / The Vicegerency of the Prophet" (Imamat – die Statthalterschaft des Propheten), Wafis, Teheran 1985, S. 33, fest:

"Lasst uns das System islamischer Führung untersuchen. Ist es demokratisch? Die beste Definition der Demokratie wurde von Abraham Lincoln gegeben, als er sagte, dass Demokratie 'die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk sei'.

Aber im Islam ist es nicht die Regierung 'des Volkes', es ist die ‚Regierung Gottes‘. Wie regieren Menschen sich selbst? Sie regieren sich, in dem sie ihre eigenen Gesetze machen. Im Islam sind die Gesetze nicht durch die Menschen gemacht, sondern von Gott. Diese Gesetze sind nicht durch Zustimmung oder Beschluss der Menschen weitergegeben, sondern durch den Propheten auf Grund von Gottes Gebot. Die Menschen haben keine Beteiligung bei der Gesetzgebung, sie müssen folgen statt Kommentare oder Empfehlungen zu diesen Gesetzen und der Gesetzgebung abzugeben."

...

„Weder für einen gläubigen Mann noch für eine gläubige Frau gibt es, wenn Allah und Sein Gesandter eine Angelegenheit entschieden haben, die Möglichkeit, in ihrer Angelegenheit zu wählen. Und wer sich Allah und seinem Gesandten widersetzt, der befindet sich ja in einem deutlichen Irrtum.“ (33.36)

Kommen wir zu der Aussage 'durch die Menschen' und überlegen wir, wie die Menschen sich regieren. Sie tun das, indem sie ihre eigenen Führer wählen. Der Heilige Prophet, der zugleich höchste Exekutive, juristische und Gesamtautorität der islamischen Regierung war, war nicht vom Volk gewählt worden. In der Tat, wenn es den Menschen von Mekka erlaubt gewesen wäre, ihre Wahl auszuüben, hätten sie eher

'Urwah ibn Ma'sud (aus at-Ta'if) oder al-Walid ibn al-Mughirah an Stelle des Propheten Gottes gewählt, wie es der Qur'an sagt:

„Und sie sagten: ‚Wäre doch dieser Qur'an einem bedeutenden Mann aus den beiden Städten (Makka und at-Ta'if) offenbart worden!‘ (43:31)

So wurde das Staatsoberhaupt nicht nur ohne den Rat der Menschen gewählt, sondern sogar gegen ihren ausdrücklichen Wunsch."

Der Autor kommt dann zu dem Schluss:

"So ist Islam weder eine Regierung des Volkes noch durch das Volk. Es gibt keine Gesetzgebung durch das Volk, und die Exekutive und die Judikative sind nicht dem Volk gegenüber verantwortlich.

Hinzu kommt, dass es nicht die Regierung 'für das Volk' ist. Das islamische System, von Anfang bis Ende, ist 'für Gott'. Alles muss für Gott getan werden. Wenn etwas 'für das Volk' getan wird, so wird das versteckter Polytheismus genannt. Was auch immer man tut, beten oder wohlütig sein, soziale Dienste leisten oder etwas in der Familie tun, Gehorsam gegenüber den Eltern oder die Liebe des Nachbarn, das Gebet anführen oder einen Rechtsfall entscheiden, in den Krieg eintreten oder einen Frieden schließen – alles muss getan werden um Gott näher zu kommen, um Gottes Gefallen zu gewinnen. Im Islam ist alles für Gott.

Um es kurz zu fassen: Die islamische Form der Regierung ist die Regierung Gottes, durch den Statthalter Gottes und um Gottes Wohlgefallen zu erreichen.

„Und Ich habe die Ginn und die Menschen nur (dazu) erschaffen, damit sie Mir dienen.“ (51:56)

Das ist Theokratie, und das ist die Natur und das Charakteristikum islamischer Führung."

Contra: Demokratie als unzulässige Ersatzreligion

In seinem Buch "Als Muslim leben", Cordoba-Verlag, Karlsruhe 1995, S. 263 ff. verdammt Sayyid Abul A'la Maududi, der Gründer der Organisation "Dschamaati Islami Pakistan", die Demokratie. Seine Begründung: Demokratie ist eine Religion und da der Mensch nur eine Religion haben darf, nämlich den Islam, ist die Demokratie ein Frevel.

„Din, Schari'a und `Ibada

Din bedeutet Gehorsam und Unterwerfung. Die *Schari'a* lehrt uns, wie wir zu gehorchen und uns zu unterwerfen haben: sie ist das Gesetz. *`Ibada* bedeutet Anbetung und Gottesdienst.

Wenn ihr jemanden als euer Oberhaupt anerkennt, dem ihr Gehorsam zu schulden habt, so ist dies gleichbedeutend mit der Annahme seiner „*Din*“ (Religion). Er wird euer Herr und ihr seine Untertanen. Seine Anweisungen und Vorschriften, die er anordnet, stellen das Gesetz oder die *Schari'a* dar, die ihr befolgen müsst. Wenn ihr ihm gegenüber seinen Gesetzen in Gehorsam lebt, dann dient ihr ihm, d.h. ihr vollführt *`Ibada*. Ihr gebt ihm, was er fordert, haltet euch fern von dem, was er verboten hat, und beachtet seine Gebote und Regeln.

Din ist aus dieser Sichtweise gleichbedeutend mit Staat oder Regierung. *Schari'a* mit ihrem Gesetz und *`Ibada* mit seiner Einhaltung und Erfüllung.

Sobald ihr jemand als Gesetzgeber annehmt und euch ihm unterwerft, habt ihr euch seinem *Din* angeschlossen. Wenn ihr Allah als euren Herrscher anerkennt, habt ihr seinen *Din* anerkannt. Ist dieser Herrscher ein fremdes oder euer eigenes Volk, so ist es sein *Din*, der ihr euch angeschlossen habt. Gehorcht ihr seinen Gesetzen, so habt ihr ihm gegenüber euere *`Ibada* vollzogen.

Kann man zwei Religionen folgen?

Es ist notwendig, diesen Aspekt klar herauszustellen, denn somit erkennt ihr, dass es unmöglich ist, mehr als einem „*Din*“ gleichzeitig anzugehören. Von all den verschiedenen Herrschern kann es nur einen geben, der euer Leben lenkt. Von all den Gesetzesordnungen kann nur eines euer Leben regeln, und vor allem, was angebetet werden kann, ist nur Gott allein anbetungswürdig.

Ihr mögt vielleicht entgegenen, dass dies nicht ganz der Wahrheit entspricht, und dass man den einen Gesetzgeber in der Theorie anerkennen könne, während man dem anderen in der Realität gehorche; oder dass man den einen Gott anbeten, und sich nebenbei einem anderen unterwerfen könne. Ebenso wäre es möglich, mit dem Herzen an das eine Gesetz zu glauben und in Alltagsangelegenheiten ein anderes gutzuheißen.

Ich wiederhole, dass es keinen Zweifel darüber gibt, dass so etwas getan werden kann und auch getan wird. Aber das ist *Schirk* und basiert auf reiner Lüge.“

Contra: Demokratie als westliche Fehlentwicklung

Und nun eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Demokratie: Abdul Rashid Moten schreibt in seinem Buch "Political Science – An Islamic Perspective", Macmillan Press Ltd. London 1996, S. 106:

"Demokratie ist das Produkt der gesamten Evolution der westlichen Zivilisation. Ihr säkularer Inhalt ist das Ergebnis von Jahrhunderten des Konfliktes zwischen Kirche und Staat, in dem der letztere gewonnen hat. Ihre Betonung auf Abstimmungen, politischer Freiheit und Vereinigungsfreiheit ist die Konsequenz der Forderungen, die von dem aufstrebenden industriellen Proletariat im neunzehnten Jahrhundert erhoben wurden. In Kürze, Demokratie ist das Produkt der materialistischen Philosophie, die den Menschen als Maß aller Dinge bewertet und dessen Arbeit ausschließlich in materieller Hinsicht bewertet wird, ohne auf die spirituellen Aspekte zu achten. Folgerichtig legen die Gesetze im Westen viel Nachdruck auf die Rechte des Individuums, dem erlaubt ist, alles zu tun, wozu es Lust hat. Die Trennung von Religion und Politik macht Moral zur Sache persönlicher Entscheidung. Parteien werden gegründet mit dem erklärten Ziel, politische Macht zu erlangen und Gesetze werden formuliert, um es den Starken zu ermöglichen, ihre Interessen auf Kosten der Schwachen zu befriedigen. Die juristischen Grundsätze, zu deren Aufrechterhaltung sie sich bekennen, werden beiseitegeschoben, wenn sie ihren Interessen nicht länger dienen. Im Namen der Gerechtigkeit konnte der Iraq zerstört werden, um Kuwait zu retten, erklärtermaßen um die Petroleumquellen zu sichern. Bosnien – ohne Ölreichtum – konnte geopfert werden und den Serben konnte erlaubt werden, die bosnischen Muslime zu massakrieren. Demokratie ist als solche eine Antithese zur islamischen Art zu leben."

Die Bewertung dieser Positionen

Rizvi

Die reine Aussage, dass Demokratie die 'Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk' ist, gibt keinerlei Aufschluss darauf, ob diese Regierungsart eine spirituelle oder religiöse Dimension hat oder nicht. Im Kontext der französischen Laizité gibt es in der Tat keine religiöse Dimension. Wenn wir dagegen Deutschland betrachten, sehen wir, dass die gesamte Grundlage der deutschen Demokratie auf „christlichen Werten“ beruht – es gibt sogar Schwesterparteien: die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union. Wenn man die USA betrachtet (wo die obige Aussage gemacht wurde) kann man sie nicht trennen von den tiefen religiösen Wurzeln dieser Nation, deren Gründungsväter erklärten, dass alle Menschen gleich geschaffen seien (von wem, wenn nicht von Gott) und dass die Menschen von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet worden seien. Menschen, die Menschen wählen, damit sich diese um die Belange der Gemeinschaft kümmern, können das tun, indem sie Gottes Geboten folgen oder indem sie eine Existenz Gottes schlicht missachten.

Maududi

Während Rizvi die Demokratie für a-religiös hält, verurteilt Maududi die Demokratie, weil er in ihr eine Rivalin zu Gottes Religion sieht. Hier trifft das Gleiche zu, was ich über Rizvi gesagt habe: Demokratie kann natürlich als genauso wichtig angesehen werden, wie eine Religion und es gibt sicher im Westen genug Menschen, die das auch tun. Aber das bedeutet nicht, dass es so sein muss. Demokratie kann auch als die reine Technik einer Gesellschaft gesehen werden, mit der sie eine Regierung wählt, die sich um die Belange der Allgemeinheit kümmert – und das Ganze kann geschehen auf der Grundlage von Regeln, die dieser Gemeinschaft von Gott gegeben worden sind.

Motens

Als Bürger des Westens teile ich Motens Kritik an der Demokratie als eine rein materialistische Ordnung nicht. Die USA und Frankreich haben mit der Demokratie lange vor der Industrialisierung begonnen. Wie schon gesagt, ist die Demokratie in den USA und in Deutschland tief in religiösen und geistigen Wurzeln verankert, und es ist auch nicht wahr, dass jeder tun kann, was er will, denn in den westlichen Verfassungen gibt es Aussagen, die von keiner Mehrheit geändert werden können.

Die Tragödie der Demokratie besteht darin, dass jene Menschen, die sich selber aufgeklärt nannten, diese Idee der Selbstregierung nicht über die Welt verbreiteten, sondern stattdessen Kolonialismus und Imperialismus. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass die Opfer dieser Entwicklung Demokratie mit aggressivem Verhalten identifizieren. Wir sollten uns jedoch davor hüten, gute Prinzipien auf Grund der schlechten Verhaltensweisen ihrer so genannten Anhänger zu beurteilen.

Für mich ist Demokratie die einzige akzeptable Regierungsform, und soweit Menschen diese Regierungsform definiert haben, ist die Beschreibung der Demokratie, die wir in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung finden, der beste Text, den Menschen je geschrieben haben:

„...dass, um diese Rechte zu sichern, Regierungen unter den Menschen eingerichtet werden, die ihre gerechte Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten und dass es das Recht der Menschen ist, diese Regierung zu verändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, wenn sie ihre Aufgabe ins Negative verkehrt, dabei sind die Grundlage jene Prinzipien und soll die Macht so organisiert werden, wie die Menschen es für notwendig erachten, Sicherheit und Glück zu bewirken...“

Glücklicherweise sieht es so aus – wie die folgenden Beispiele zeigen werden – dass Muslime in den USA, in Deutschland und weltweit diese Ideen ebenfalls angenommen haben.

Pro: Muslime sind verpflichtet, an der Demokratie teilzunehmen

In seiner “*Fatwa Concerning The Participation of Muslims in the American Political Process*” stellt Dr. Taha Jaber al-Alwani, Chairman of the North American *Fiqh* Council und President of the Graduate School of Social and Islamic Sciences, fest:

www.amconline.org/newamc/imam/fatwa.shtml

“First, it is the duty of American Muslims to participate constructively in the political process, if only to protect their rights, and give support to views and causes they favour. Their participation may also improve the quality of information disseminated about Islam. We call this participation a “duty” because we do not consider it merely a “right” that can be abandoned or a “permission” which can be ignored. It falls into the category of safeguarding of necessities and ensuring the betterment of the Muslim community in this country.

Second, every legitimate means or tool that helps achieve these goals is similarly judged. This includes:

1. The nomination of any competent American Muslim for election to any post where his or her presence may ensure either bringing benefits to American Muslims and other citizens or preventing harm to them. These posts range from those of mayor, state governor, and membership in educational and municipal councils, all the way up to membership in the U.S Senate and House of Representatives.
2. Self-candidacy by an American Muslim, if the initiative for his/her nomination is not undertaken by the community, or if election laws require this form of candidacy. (Refer to the statement by Ibn Hajr on the question of becoming an Amir (or coming into power) in the ‘Introduction’)
3. Adopting a non-Muslim candidate if he/she would be either more beneficial or less harmful to the American Muslim community and the rest of the country.
4. Providing financial support to a non-Muslim candidate. God the Almighty has permitted righteous conduct and good relations with non-Muslims in exchange for nothing. So how much more so is such support permitted if clear and tangible benefits were to result from such behaviour?
5. Obtaining American citizenship. Such citizenship emphasizes the true diversity of this country and is a necessary condition for participation in the political process.

6. Both registering to vote and participation in elections and voting are means to a goal. Hence, they are subject to the same legal rulings as their intended goal.”

Pro: Muslime bekennen sich zur Demokratie

In der von Zentralrat der Muslime in Deutschland im Februar 2002 herausgegebenen „Islamischen Charta“ wird ein klares Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Dort heißt es:

„Ob deutsche Staatsbürger oder nicht, bejahen die im Zentralrat vertretenen Muslime daher die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich des Parteienpluralismus des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau sowie der Religionsfreiheit...“

(Islamische Charta, Grundsatzerklärung des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) zur Beziehung der Muslime zum Staat und zur Gesellschaft, Berlin, im Februar 2002)

Pro: Cairo Declaration fordert Demokratie in der islamischen Welt

Ganz besonders wichtig ist es, dass die Muslime sich selber Regeln setzen, wie sie Regierungen abschaffen, die entweder Gesetze brechen und somit Unrechtsregime werden oder die dem Konsens der Regierten nicht länger entsprechen. Den Kalifen zu töten, kann nicht die einzige Methode sein, eine Regierung zu beenden. In diesem Bereich könnten die Muslime in der Tat etwas vom Westen lernen, indem sie überdenken, wie sie sich selbst regieren. Einen wichtigen Ansatz dazu bietet z. B. ein Punkt aus den Empfehlungen, die im Mai 2003 in Kairo von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz „The Future of Islamic Nation“ verabschiedet wurden:

“Recommendations

...Third: The Political Theme

...

3. The Islamic Shura system incorporates the most appropriate forms of democracy. Hence the Conference calls upon Islamic countries to adhere to true democratic norms, particularly: impartial elections, to promote the multi-party system and eliminate any obstacles before it, and to provide a suitable environment for rotation of power.”

(Von der Vollversammlung zusätzlich verabschiedet, liegt noch nicht in redigierter Form vor: Unabhängigkeit des Justizsystems und die Sicherung der Menschenrechte.)“ Arab Republic of Egypt, Ministry of Al-Awqaf, Supreme Council for Islamic Affairs. Konferenz: The Future of Islamic Nation, 9–12. May 2003 G

Nach diesen zeitgenössischen Statements wollen wir nun untersuchen, was im Qur'an dazu gesagt wird, wie Menschen ihre Belange auf der Erde regeln sollten.

II Islam und Demokratie: Qur'anische Grundlagen

Die Grundprinzipien: khalifa und shura

Wenn wir uns mit der Frage befassen, wie die Menschen ihre Belange auf Erden zu regeln zu haben, müssen wir erkennen, dass es in der Offenbarung nur wenige Andeutungen gibt, wie dies zu tun ist. Die beiden Leitbegriffe in diesem Zusammenhang sind: *Khalifa* und *Schura*.

Der Mensch als Khalifa

Von zentraler Bedeutung für die Stellung des Menschen auf der Erde ist der Begriff „*Khalifa*“, zum dem der Politikwissenschaftler Abdulrahman Abdulkadir Kurdi in seinem Buch „The Islamic State / A Study Based on the Holy Constitution“, Mansell Publishing, London, 1984, p. 23 feststellt:

„Khalifa wurde im Qur'an zweimal verwendet (Sura 2:30 und Sura 38:26) um die beiden Propheten Adam und David zu beschreiben. In beiden Versen bezeichnet der Begriff ‚khalifa‘ diejenigen, der verantwortlich ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Gesetze auszuführen. Beide Propheten, Adam und David, wendeten natürlich die Gesetze Gottes an.

Khalifa wird in der Regel von Muslimen und Nicht-Muslimen mit Statthalter übersetzt. Genau genommen gibt es jedoch keine Beziehung zwischen diesen beiden Begriffen, besonders wenn man beachtet, dass die meisten Autoren annehmen, dass ‚Statthalter‘ sich darauf bezieht, dass man die Macht durch den Auftrag Gottes hält (Rosenthal, 1962, S. 21-60). Gewöhnlich übersetzen die Autoren Khalifa auch mit Stellvertreter Gottes auf Erden. Die ursprüngliche Wurzel des Wortes ist jedoch das Verb *khalafa*, das – sowohl im arabischen Sprachgebrauch als auch in seiner lexikalischen Bedeutung, bedeutet, nach einem anderen kommen, nachfolgen.“ (Kurdi, S. 23)

„Und als dein Herr zu den Engeln sprach: ‚Ich werde auf der Erde einen *Nachfolger* einsetzen.‘ Sie sagten: ‚Willst Du auf ihr einen einsetzen, der auf ihr Unheil stiftet und Blut vergießt, während wir dein Lob singen und deine Heiligkeit rühmen?‘ Er sprach: ‚Ich weiß, was ihr nicht wisst.‘“ (2:30)

„O David, wir haben dich zum *Nachfolger* auf der Erde bestellt. So urteile zwischen den Menschen nach der Wahrheit und folge nicht der (eigenen)

Neigung, dass sie dich nicht vom Weg Gottes abirren lässt Für diejenigen, die vom Weg Gottes abirren, ist eine harte Pein bestimmt dafür, dass sie den Tag der Abrechnung vergessen haben.“ (38:26)

Wie wurde nun das Prinzip des Kalifats in der islamischen Geschichte umgesetzt? Zunächst wissen wir, dass der Prophet Muhammad s.a.s. der letzte aller Propheten, das Siegel der Propheten war. Mit seinem Tod beginnt die Zeit, in der die Menschen auf sich selbst gestellt sind. Bei seinem Tod stellen die Menschen fest, es gibt - der Mehrheitsmeinung der Sunniten zufolge - keinen göttlich bestimmten Nachfolger des Propheten in politischer Hinsicht, es gibt kein autorisiertes und eindeutig vorgegebenes Regierungsmodell. Die frühen Muslime halfen sich, indem sie die ersten Kalifen auf ganz unterschiedliche Weise bestimmten, und heute gelten diese vier ersten Kalifen als die „rechtgeleiteten Kalifen“, deren Verhalten als Modell angesehen wird. Aus den unterschiedlichen Wahlmodalitäten wird abgeleitet, dass es unterschiedliche legitime Formen der Bestimmung eines Regierungschefs geben kann. Zur Frage, wer für dieses Amt in Frage kommt, gibt es einen überlieferten Spruch des Propheten s.a.s.:

„Hört und gehorcht eurem Führer, auch wenn er ein Abessinier mit einem Kopf wie eine Rosine ist.“ (Buchari, Hadith Nr. 7142 - 93/4)

In der Geschichte der islamischen Welt finden wir viele Kalifen, manchmal mehrere zur gleichen Zeit, sowie viele andere Titel für Herrscher, bis das Kalifat 1924 offiziell durch Atatürk abgeschafft wurde.

Das Prinzip der Schura

Es geht hier nicht darum, nachzuweisen, dass der Islam die Demokratie erfunden habe. Es darf jedoch nicht unterschlagen werden, dass der Qur'an klare Vorschriften beinhaltet, wie die Muslime zu einer Entscheidungsfindung kommen müssen: sie müssen sich beraten! Diese Beratung wird im Qur'an als *Schura* erwähnt:

„Und was immer euch zuteil geworden ist, ist die Nutznießung des diesseitigen Lebens. Was aber bei Allah ist, ist besser und hat eher Bestand für die, die glauben und auf ihren Herren vertrauen, die die schweren Sünden und die schädlichen Taten meiden und, wenn sie in Zorn geraten, (lieber) vergeben, und die auf ihren Herren hören und das Gebet verrichten, ihre Angelegenheiten durch *Beratung* regeln und von dem, was Wir ihnen beschert

haben, spenden und die, wenn ihnen Ungerechtigkeit widerfährt, sich selbst helfen.“ (42:36-39)

„... So verzeihe ihnen und bitte für sie um Vergebung und ziehe sie zu Rate in den Angelegenheiten.“ (Sura 3:159)

Heute gibt es Muslime, die das Kalifat wieder einführen möchten und dabei gleichzeitig denken, dass das die Demokratie ausschließt. Wenn man jedoch bedenkt, dass – gleich ob mit Kalifat oder ohne – das herrschende Prinzip der islamischen Regierung die Schura ist, gibt es keinen Widerspruch zwischen dem Kalifat und einem demokratischen Weg der Entscheidungsfindung. Die einzige Frage die übrig bleibt, ist die Frage zu entscheiden, ob man diese Regierungsform nun „Kalifat“, „Demokratie“ oder „Schurakratie“ nennt. Vgl.: Murad Hofmann, *Der Islam im 3. Jahrtausend. Eine Religion im Aufbruch*, Hugendubel, Kreuzlingen 2000, S. 107 ff. und: John L. Esposito / John Voll, *Islam and Democracy*, Oxford University Press, New York / Oxford, 1996.

Regierungsformen im Qur'an

Der Qur'an als religiöse Offenbarung enthält ein umfassendes, aber nicht totales und schon gar nicht totalitäres Regelwerk für das diesseitige Leben. Aber der Qur'an ist auch ein Geschichtsbuch, das an Beispielen aufzeigt, welche Regierungsformen für den Muslim tabu sind, und - in den Grundzügen - darlegt, welches die Eckpfeiler eines islamischen Regierungssystem sind. Laut Abdulrahman Kurdi bestehen rund 80% des Inhalts des Qur'an aus Aussagen über Staaten und Herrschaftsformen, die es vor der Offenbarung gab. Nach Kurdi werden im Qur'an die Systeme der Monarchie, der Junta und der Tyrannei beschrieben und daran gemessen, inwieweit unter ihnen Gerechtigkeit herrscht und den Worten Gottes Folge geleistet wurde:

Die Monarchie

Das monarchische System wird im Qur'an mit mehreren Beispielen belegt. Die drei wichtigsten: das Königreich von Talut (Saul), Dawud (David) und Sulayman (Salomon). Die beiden Königreiche von David und Salomon werden als Reiche der Gerechtigkeit und Gleichheit beschrieben - weil beide Herrscher Gottes Gebote befolgen. Im Grunde genommen wird hier die Position einer islamischen konstitutionellen Monarchie beschrieben, in der es die Vorgabe eines Rechtes gibt, an das auch Könige gebunden sind. (vgl. Kurdi, S. 17 ff)

Die Junta

Die Junta (Mala) wird an den Beispielen der Propheten *Noah* und *Shu'ayb* beschrieben. Sie wird charakterisiert als die Herrschaft eines mächtigen Rates, der die Belange der Stadt und der Bürger regelt.

„In der Regel gehorchten die Bürger den Entscheidungen der Junta. Jedoch, diese Art der Herrschenden diene ihren eigenen Interessen zuerst und erst in zweiter Linie der allgemeinen Wohlfahrt.“(Kurdi, S. 20)

Die Tyrannei

Die Tyrannei (Taghut) wird an den zwei Beispielen des Herrschers *Nimrod* und des Pharaos beschrieben. Beide werden im Qur'an ganz klar verurteilt, weil sie auf absoluter Diktatur beruhen und ohne jegliche Justiz und Gleichheit waren.

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Es ist jetzt an der Zeit, zusammenzufassen, was wir im Qur'an gefunden haben: Wir Haben gesehen, dass „der Begriff ‚khalifa‘ denjenigen bezeichnet, der die Verantwortung hat für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Einhaltung der Gesetze.“ (Kurdi) Wir haben gelernt, dass Muslime sich zu beraten haben (Schura), bevor sie Entscheidungen treffen. And wir entnehmen den Geschichten über unterschiedliche Herrscher, dass eine Junta und eine Tyrannei keine Regierungssysteme sind, die von Gott akzeptiert werden und dass eine Monarchie mit einem gerechten Herrscher eine annehmbare Regierungsform ist. Weitere Einzelheiten, wie z. B. verschiedene Wahlmodalitäten, können wir aus der Zeit der ersten vier Kalifen herleiten. – und das ist es schon! Die einzige Schlussfolgerung aus diesen Erkenntnissen kann nur lauten: der Qur'an schreibt nicht irgendein bestimmtes Regierungssystem vor, sondern gibt den Muslimen die Freiheit, es für sich selber zu wählen.

Die Beteiligung der Frauen

In der Diskussion um die Religion des Islam spielt die Frage nach der Stellung der Frau eine zentrale Rolle. Die Geschichte der islamischen Welt hat, was die Schura angeht, viele Beispiele, die zeigen, dass auch Frauen an den Entscheidungsprozesse beteiligt waren.

In der Frühzeit des Islam haben Männer *und* Frauen das Gebot zur Beratung befolgt, denn die Aussagen des Qur'an beschränken die Vorschrift der Schura nicht auf ein Geschlecht, bzw. schließen die Frauen nicht aus! Heute ist es an der Zeit, dass Muslime zu dieser Tradition zurückkehren und sie weiter ausbauen.

Hier einige Beispiele für Entscheidungsprozesse der Muslime in der Frühgeschichte. (Für diese Hinweise danke ich Amir Zaidan, dem Gründungsvorsitzenden der Islamischen Religionsgemeinschaft in Hessen.):

Kurz vor der Hidschra hat der Prophet Muhammad s.a.s. in Mekka die zweite *Bai'a von al-'Aqaba* mit den Muslimen aus Medina abgeschlossen. Das Wort *Bai'a* bedeutet „Abkommen bzw. Übereinkunft“ in Form eines Treueids. Eine *Bai'a* für den Khalifen z.B. bedeutete seine Bestätigung im Amt. Die *Bai'a von al-'Aqaba* war ein Abkommen, in dem die Muslime aus Madina dem Gesandten ihre uneingeschränkte Unterstützung zur Etablierung des Islam, sprich zur Errichtung des Islamischen Staates, bekundet haben. Es waren 73 Männer und zwei Frauen, *Nusaiba bint Ka'b* und *Asma bint 'Amru*. Hierzu ist zu bemerken, dass dieses Verhalten einen Bruch mit der herkömmlichen Tradition bedeutete, da es bei den Arabern nicht üblich war, dass Frauen an politischen Aktionen teilnahmen.

Nach Ankunft des Gesandten in Madina hat er alle muslimischen Frauen Madinas in einem Haus versammelt und mit ihnen die *Bai'a* abgeschlossen. Nach der Eroberung von Mekka, in der Epoche der Konstituierung des Islam, haben alle muslimischen Frauen dem Gesandten die *Bai'a* geleistet, wie im Qur'an niedergeschrieben ist:

„Oh Prophet! Wenn die gläubigen Frauen zu dir kommen und dir eine Bai'a (den Treueid) leisten wollen, dass sie Allah nichts als Partner stellen, und weder stehlen noch Unzucht begehen, noch ihre Kinder töten, noch Verleumdung bringen, die sie sich zwischen ihren Händen und ihren Beinen ausgedacht haben, noch dir ungehorsam sein werden in dem, was rechtens ist, dann schließe die Bai'a mit ihnen ab und bitte Allah um Vergebung für sie. Denn Allah ist Allvergebend, Allbarmherzig.“ (60:12)

Als *'Umar ibn al-Khattab*, der zweite Kalif, erstochen wurde, hat er vor seinem Tod sechs Sahabi als seine Nachfolger vorgeschlagen, damit die Muslime aus dieser Gruppe den nächsten Khalifen wählen. Nach kurzen Verhandlungen haben Vier von den Sechs sich von der Wahl zurückgezogen und es blieben *'Uthman ibn 'Affan* und *'Ali ibn Abi Talib*. Um die endgültige Entscheidung für einen von beiden zu treffen, wurde der Sahabi *'Abdulrahman Ibn 'Auf* beauftragt, die Muslime nach ihrer Meinung zu fragen. *Ibn 'Auf* hat daraufhin alle Muslime, Männer und Frauen ohne Ausnahme, nach ihrer Meinung befragt. Alle haben für *'Uthman* gestimmt. Somit ist deutlich, dass die Frauen von Anfang an bei politischen Ereignissen mitbestimmt haben.

Diese Gleichbehandlung verwundert nicht, wenn man sich den egalitären Charakter der Botschaft des Islam vor Augen führt, wie ihn der englische Historiker Norman Davies in seinem Buch „Europe – A History“, Pimlico, Random House, London 1997, S. 252, beschreibt:

„Islam, meaning ‚submission‘, was a universal religion from the start. Although it has always clung to Arabic as the sacred language of the Koran, it appeals to all nations, to all classes, and to both sexes. One of the most basic precepts is that all Muslims are brothers and sisters. In his lifetime Muhammad denounced the economic privileges of the ruling élite, the subordination of women, and the ‚blood laws‘ of the semitic tribes. His call for social, economic, and political equality threatened the foundations of traditional societies. His insistence on the rights of the oppressed and of women, and on the duty of charity and compassion, spelled liberation for the masses. Here was a revolutionary creed, whose almost instantaneous military power derived from the fervent devotion of the faithful. It enjoined that soldiers were the equals of their generals, subjects of their rulers, wives of their husbands.“

Heute haben Muslime unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle, die Frauen in der Politik einnehmen sollen. Sie werden z. B. von Olivier Roy in „The Failure of Political Islam“, Harvard University Press, Cambridge 1994, S. 83, wie folgt beschrieben:

„Den auffallendsten Unterschied zwischen Islamisten und Neo-Fundamentalisten gibt es hinsichtlich des Status der Frauen. ... Die FIS ist gegen das Recht der Frauen zu arbeiten, ein Recht, das für Khomeini selbstverständlich war. Hier wird der Konservatismus offensichtlich. Viele ausländische Frauen, Doktoren oder Journalisten, die von den afghanischen und iranischen Islamisten akzeptiert worden waren, sind inzwischen personae non gratae geworden. Die Neo-Fundamentalisten üben Druck aus, das Frauenwahlrecht zu beschränken... Es ist bezeichnend, dass 1990 eine Übereinkunft zwischen den afghanischen schiitischen Mujahidin, die vom Iran unterstützt wurden und den Sunniten, die

von Saudi Arabien unterstützt wurden, fehlschlug, unter anderem wegen der Frauenfrage: die Schiiten forderten das Frauenwahlrecht, die Sunniten verweigerten es.

Die Frage des persönlichen Status (Frauen, Familie, Scheidung) wird zu einem hauptsächlichen Bereich neo-fundamentalistischer Forderungen, die brutal die Buchstaben der sharia wieder einführen wollen, ohne die sozialen und erzieherischen Programme, die die iranischen und ägyptischen Islamisten befürworten.“

III Demokratie als globales anwendbares Regierungssystem

In der Tradition des herkömmlichen islamischen Diskurses wäre ein anderer Titel dieses Kapitels zu erwarten gewesen: „Demokratie als Regierungssystem in der islamischen und der westlichen Welt“. Da ich jedoch einer Meinung bin mit dem Präsidenten des North American Fiqh Council, Taha Jaber Al Alwani, dass die Trennung der Welt in ein „Haus des Islam“ und ein „Haus des Krieges“ nicht nur nicht-qur’anisch ist sondern auch geschichtlich überholt ist, habe ich die obige Überschrift verwendet.

In diesem abschließenden Kapitel werde ich die folgenden Punkte diskutieren:

- Muslime und Nicht-Muslime müssen auf der Erde ihre individuellen und gemeinschaftlichen Belange selber regeln.
- Muslime und Nicht-Muslime können sich mit den gleichen Methoden regieren.
- Kein Muslim kann sich der Verantwortung gegenüber seinen Mit-Muslimen unter Berufung auf die Behauptung, er würden den Willen Gottes vollstrecken, entziehen.
- Muslime und Nicht-Muslime sind verantwortlich für ihre Handlungen vor Gott und vor ihren Mitbürgern.

Die gleiche Ausgangslage für Muslime und Nicht-Muslime

Muslime und Nicht-Muslime leben in der gleichen Situation: Sie müssen Entscheidungen treffen über ihre privaten Belange und für ihre Gesellschaften. Muslime und Christen folgen dabei Geboten, die ihnen von Gott gegeben wurden und Regeln, die von den Vertretern des Volkes, den Regierungen erlassen wurden, für Bereiche, die Gott den Menschen zur Entscheidungsfindung überlassen hat.

Muslime (und Nicht-Muslime) mögen nach bestem Wissen und Gewissen entschieden, aber sie können nicht behaupten, dass sie den Willen Gottes auf Erden erfüllen und dass sie deshalb nur Gott gegenüber verantwortlich sind und nicht gegenüber den Mitmenschen. Für Muslime wie für Nicht-Muslime gilt, dass sie ihre Entscheidungen im Zustand der Ungewissheit treffen: Im Koran heißt es:

„Und Allah führt irre, wen er will, und leitet recht, wen er will.“ (14:4)

oder in der Übertragung von Ahmad von Denffer:

„und Allah lässt fehlgehen, wen Er will, und leitet recht, wen Er will.“

Auf der Erde kann kein Muslim unter Berufung darauf, dass er Gottes Willen vollzieht, von sich behaupten, er habe recht gehandelt und sich deshalb der Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen entziehen, denn er weiß nicht, ob es nicht Allahs Wille war, ihn fehlgehen zu lassen.

In diesem Sinne gesehen, ist die Ausgangslage zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen – was die Notwendigkeit, Entscheidungen in Verantwortung vor Gott und den Menschen zu treffen, angeht – gleich und das Verfahren der Demokratie bietet die Möglichkeit, dass sich die Menschen in einer modernen Massengesellschaft an der Entscheidungsfindung beteiligen können.

Keine großen Unterschiede

Wir haben gesehen, dass die Argumente jener, die denken, Islam und Demokratie seien nicht miteinander vereinbar, nicht aufrechterhalten werden können. Wir haben auch gesehen, dass bedeutende Gruppen, wichtige Initiativen und der Fiqh Council of North America Erklärungen herausgegeben haben, die die Demokratie befürworten. Schließlich gibt es im Qur'an keine Aussagen, die die Demokratie verbieten.

In westlichen Gesellschaften finden wir konstitutionelle Monarchien, Präsidentialdemokratien, Demokratien mit gewähltem Kanzler plus Präsidenten, Ein- und Zweikammersysteme. Alle diese Formen können auch in der islamischen Welt angewendet werden - und in manchen Ländern funktionieren sie bereits. Selbst wenn einige Muslime ihr Regierungssystem Kalifat nennen wollen, werden sie Institutionen finden müssen, um die Schura zu organisieren und den Kalifen zu kontrollieren. Und wenn der einzige Unterschied in der Namensgebung besteht und Muslime ihre Institution der Entscheidungsfindung Majlis nennen und die Nicht-Muslime Parlament – dann gibt es wirklich keinen großen Unterschied.

Ebenfalls wissen wir nicht nur, dass in der westlichen Welt unterschiedliche Wahlsysteme angewendet werden. Wir wissen auch, dass zur Zeit der vier rechtgeleiteten Kalifen unterschiedliche Wahlmodalitäten in der islamischen Welt angewendet wurden. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum das heute nicht ebenfalls der Fall sein sollte.

Demokratie – gegründet auf das Prinzip der Verantwortlichkeit

Es ist eine Tatsache, dass es im Westen Menschen gibt, für die Demokratie nur auf der Grundlage der Annahme der Menschenrechte möglich ist. Es ist ebenso eine Tatsache, dass es Muslime gibt, die aus religiösen sich bei den Menschenrechten nicht zu Hause fühlen, da sie glauben, dass Gott den Menschen eher Pflichten statt Rechte gegeben hat. Andererseits haben Muslime in der ganzen Welt die Menschenrechte in vielen Erklärungen angenommen.

Ich denke, es ist nicht sehr produktiv, viel Zeit damit zu verbringen, zu diskutieren, ob die Annahme der Menschenrechte eine Vorbedingung dafür ist, die Demokratie annehmen zu können und als Demokrat zu handeln. Wir müssen uns daran erinnern, dass die Demokratie eine Idee ist, die aus einer Zeit kommt, in der noch niemand etwas von Menschenrechten gehört hatte: der Zeit des alten Griechenland. Natürlich war da die Demokratie auf die eingeborenen Männer beschränkt, und sie galt nicht für Frauen und Sklaven. (Diese Art der Demokratie erinnert an das heutige Kuwait, wo auch nur die männlichen Kuwaitis an der Schura teilnehmen dürfen.) Was wirklich wichtig ist, ist jedoch dass das Grundprinzip der Demokratie damals genauso galt wie heute:

Für mich ist dieses Grundprinzip der Demokratie – genauso wie es das Grundprinzip des Islam ist – das Prinzip der persönlichen Verantwortung des Individuums für das was er oder sie tut. Das bezieht sich auf persönliche Entscheidungen ebenso wie auf Belange der Gesellschaft, wenn jemand im Auftrag von anderen handelt. Am allerwichtigsten ist es jedoch im Bereich der Religion, wo jeder Mensch Gott Am Tag des Jüngsten Gerichts gegenüber tritt.

'Ein jeder haftet für das, was er erworben hat' (52:21)

'(Nämlich), dass keine lasttragende (Seele) die Last einer anderen tragen wird. Dass für den Menschen nur das bestimmt ist, wonach er strebt, dass sein Streben sichtbar werden wird und dass ihm hierauf voll dafür vergolten wird.' (53:38-41)

Für mich beschreiben diese beiden Suren die Prinzipien meines Lebens auf der Erde als Muslim. Und als Muslim, der ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist, kann ich mich in einem Staat zu Hause fühlen, dessen Verfassung mit den folgenden Worten beginnt: „In der Verantwortung vor Gott und den Menschen...“